

## **Zusammenfassung des Berichts in Tobacco Control Ausgabe 22 Nr. 5, September 2013**

Wie das Magazin „Tempo“ in seiner Ausgabe vom 27. Juni – 2. Juli 2013 berichtet, kam es im indonesischen Parlament zu einer ganzen Reihe von Unregelmäßigkeiten. So verschwand z.B. ein Abschnitt über die suchterzeugende Beschaffenheit von Tabak aus einem bereits gebilligten Gesetzentwurf. Ein anderer, für die Tabakindustrie günstiger, Gesetzentwurf wurde in das Parlament „geschmuggelt“ und wird nun offensichtlich vorangetrieben, um einen früheren Entwurf zu ersetzen.

Dabei wurde die reguläre Prozedur, um einen Gesetzesentwurf einzubringen, nicht eingehalten. Der neue Entwurf wird nicht, wie es eigentlich notwendig ist, durch ein Gutachten gestützt. Befürworter haben bereits eine Kampagne zugunsten des Entwurfs gestartet, obwohl offiziell noch mehr Informationen dazu eingeholt werden sollen.

„Tempo“ zitiert Vertreter von Interessengruppen, die behaupten, der Gesetzentwurf werde von der Tabakindustrie und speziell der Firma Sampoerna unterstützt. Diese Annahme wird durch mehrere Vorfälle untermauert. So war der Vorsitzende des gesetzgebenden Gremiums mehrfach von Sampoerna zu Beratungen und Diskussionen über die Bedeutung des Tabaks für die Landwirtschaft eingeladen worden. Im Juli 2011 hielt er als Gast eines Forums eine Rede über die Notwendigkeit, Tabakbauern und die Industrie zu schützen. Einige Tage zuvor traf sich das gesetzgebende Gremium, um über einen Brief der Indonesian Tobacco Community Alliance (AMTI, Allianz der Indonesischen Tabakgemeinschaft) zu beraten. AMTI ist ein Interessenverband der indonesischen Zigarettenindustrie und Tabakbauern, der 2010 von Sampoerna und anderen Unternehmen gegründet wurde.

Die AMTI und Sampoerna hatten in der Vergangenheit bereits mehrfach Einfluss auf die Gesetzgebung im Bereich Tabakkontrolle genommen. Auch wenn Firmen wie Philip Morris International oder British American Tobacco inzwischen eingestehen, dass „Rauchen süchtig macht und zu vielen schweren Krankheiten führt“, setzen sie doch ihre immensen Mittel ein, um gesundheitspolitische Maßnahmen zum Scheitern zu bringen, auch wenn diese in einem Land verabschiedet werden sollen, in dem 65 Millionen Menschen rauchen und 200.000 Todesfälle jährlich durch das Rauchen verursacht werden.